



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/71 - 25.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zurückhaltung im Kreml	S. 1
Dänemark vor Neuwahlen	S. 3
René Mayers Morgengabe	S. 4
Stichwahlen sollen Koalition retten	S. 5
Verstüßte KP-Propaganda	S. 6

Erlaubt Moskau nur Nadelstiche ?

EZ - Berlin

Nach den massiven Drohungen, die von den verantwortlichen Funktionären des Sowjetzonenregimes in den letzten Wochen für den Fall der Annahme des EWG-Vertrages durch den Bundestag ausgesprochen wurden, fällt auf, wie vorsichtig im Grunde jetzt die Sowjetzonenstellen reagieren, wenn man von dem Feuerwerk der sogenannten Volkskammer absieht. Die angekündigte vollkommene Spaltung Berlins ist ausgeblieben, dafür wurde am letzten Wochenende bekannt, daß den rund 42000 Westberlinern, die in volkseigenen und privaten Betrieben des Ostsektors arbeiten, keine Löhne ausgezahlt worden sind. Den Betroffenen teilte man mit, die Löhne und Gehälter hätten auf ein Sperrkonto der sowjetzonalen Notenbank eingezahlt werden müssen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Aussperrung von der Lohnzahlung, die praktisch eine Massenkündigung jener 42000 Westberliner ist, Westberlin mit seinen schon weit über 250000 Arbeitslosen schwer trifft. Eine Gegenmaßnahme Westberlins, die Kündigung der Ostberliner, die in Westberliner Betrieben arbeiten, ist nicht möglich, ohne daß die Bevölkerung Ostberlins dies als Widerspruch zum Freiheitskampf Westberlins betrachten würde.

So sehr auch die neue Maßnahme in Ostberlin eine weitere Verschärfung der an sich schon bedenklichen Lage auf dem West-

berliner Arbeitsmarkt darstellt und auch als solche geplant ist, so geht diese Repressalie doch nicht über die Nadelstichpolitik hinaus, die nun schon seit Monaten vom Osten gegen Westberlin geführt worden ist.

Nach den von der SED so groß angekündigten Repressalien ist die Beschränkung auf die Fortsetzung dieser Nadelstichpolitik nur so zu erklären, daß die Auftraggeber der SED, die Sowjets, die Pläne für die sedistischen Gegenmaßnahmen gegen Westberlin nicht billigen oder wenigstens für den Augenblick für taktisch falsch halten. Es ist kein Geheimnis, daß im Zentralkomitee der SED schon seit Wochen das Gerücht umging, im Falle der Annahme des EVG-Vertrages durch Bonn werde man mit drastischen Maßnahmen wie z.B. der Proklamierung der "Nationalarmee" und vielleicht sogar mit einer Sperrung der Luftkorridore antworten. Wie weit dies lediglich ein Wunsch der SED gewesen ist und wie weit in dieser Beziehung die Sowjets in den vergangenen Wochen bis zu Stalins Tod Zusagen gemacht haben, bleibt selbstverständlich nur im Bereich des Vermutbaren.

Immerhin, das Ausbleiben der von der SED gewünschten scharfen Reaktionen paßt zu den Erklärungen, die in den letzten Tagen sowohl von Malenkow über die Möglichkeit einer ost-westlichen Aussprache und eine friedliche Regelung strittiger Probleme und von Tschuikow über die Frage der Verkehrssicherheit in den Luftkorridoren abgegeben worden sind. Dazu kommen andere auffallende "Freundlichkeiten" der sowjetischen Kontrollkommission, wie z.B. die Wiedereröffnung der seit Monaten gesperrten Rothenseeschleuse bei Magdeburg und die Erleichterung des Lastwagenverkehrs an den sowjetischen Kontrollpunkten der Autobahn nach Berlin.

So ist vielleicht die Vermutung nicht unangebracht, daß die Heißsporne im ZK der SED ein Opfer der sowjetrussischen Realpolitik wurden, die nach der Reorganisation der sowjetischen Führung in Moskau an Chancen gewonnen zu haben scheint. Die andere Deutung, Pankow habe vorläufig von schärferen Reaktionen abgesehen, um seinen Tarnorganisationen in Westdeutschland, deren wichtigste Stütze jetzt die "Deutsche Sammlung" unter Wirth und Elfes geworden ist, die Möglichkeit zu "revolutionärem Vorgehen" zu geben, ist wenig überzeugend. Niemand kann sich darunter etwas Konkretes vorstellen und man hat den Eindruck, daß solche Auffassungen nur verbreitet werden, um die vollkommene Unsicherheit in den eigenen Reihen zu verdecken.

Dänemarks politisches Jahr

KRK - Kopenhagen

Noch selten haben die Dänen ein so politisch bewegtes Jahr erlebt wie es 1953 sein wird. Nicht weniger als zweimal werden sie neuer ihr Parlament neu wählen müssen. Und einmal sollen sie zu einer Volksabstimmung gehen. Die Ursache hierzu ist die Verfassungsreform, deren Entwurf das dänische Parlament eben verabschiedet hat. Man kann sagen, daß der Wahlkampf für die erste Runde bereits begonnen hat.

Die Verfassungsreform wird die Abschaffung des Landsting - eine Art Oberhaus - herbeiführen und die Thronfolge so ordnen, daß auch weibliche Mitglieder des Königshauses die Würde des Staatsoberhauptes erlangen können; sie wird ferner das Wahlalter auf wahrscheinlich 21 Jahre senken (bisher 25, der Vorschlag überläßt es den Wählern, sich für 23 oder 21 zu entscheiden); die Verfassungsreform enthält auch eine Bestimmung, die, aus der Zugehörigkeit des Landes zum Atlantikpakt erfließend, der Regierung das Recht einräumt, dänisches Territorium den Truppen der Verbündeten in Erfüllung der Paktverpflichtungen fallweise zu überlassen. Grönland wird aufhören, eine Kolonie zu sein. Das Recht auf Arbeit wird in der neuen Verfassung grundsätzlich anerkannt.

Die Eröffnung des Wahlkampfes erfolgte eigentlich auf einer Tagung des Gewerkschaftsbundes in Odense am 8. März 1953. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Eiler Jensen, und der ehemalige Staatsminister Hans Hedtoft behandelten die Grundfragen, um die es in diesem Wahljahr geht.

Zunächst geht es also um das Schicksal der Verfassungsreform. Nach den Bestimmungen der alten Verfassung muß der Reformvorschlag von zwei Parlamenten nacheinander bestätigt werden, bevor er einer Volksabstimmung vorgelegt werden kann. Da das alte Parlament sich nun auf den Reformvorschlag geeinigt hat, gilt es nun, am 21. April ein Parlament zu wählen, dessen Hauptaufgabe es ist, durch die Zustimmung zum Entwurf die Volksabstimmung vorzubereiten. Diese Volksabstimmung wird im Mai sein. Wird die Verfassungsreform durch die Volksabstimmung bestätigt, muß im September aufgrund der neuen Verfassungsbestimmungen ein neues Parlament gewählt werden, das dann endlich zu

normaler Arbeit kommen kann. So "einfach" ist also eine Verfassungsreform in Dänemark.

Es ist klar, daß den Sozialdemokraten daran gelegen ist, bei der kommenden Parlamentswahl auch andere Dinge zur Sprache zu bringen als die Verfassungsreform. So etwa den Umstand, daß die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 107000 betrug und im Januar nicht unter 70000 sank. So auch die Tatsache, daß der Preisindex seit dem Antritt der bürgerlichen Regierung von 333 auf 378 stieg und daß die Steuererhöhungen über die Armen ausgehen. Hingegen bestehen, wie Hedtoft auch später bestätigte, zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition keine Unterschiede in der Stellungnahme zu den außenpolitischen und den Verteidigungs-Problemen.

Bei der Wahl vom 21. April wird es sich also um eine Zwischenwahl handeln, die für den Ablauf der Tagespolitik zunächst von untergeordneter Bedeutung sein wird. Die Parteien werden dann alle Hände voll zu tun haben, die Wähler zur Volksabstimmung zu bringen. Denn wenn sich nicht mindestens 45 aller Wahlberechtigten an ihr beteiligen, fällt die ganze mühevoll vorbereitete Verfassungsreform.

+ + +

René Meyers Morgengabe

ae. Die deutsche Öffentlichkeit hat allen Grund, reserviert zu sein im Hinblick auf die im Pariser Interimsausschuß erzielte Verständigung über fünf von den sechs Zusatz-Protokollen zum EVG-Vertrag. Das Kernstück der französischen Forderungen, die Verfügungsgewalt über die eigene Armee, ist von dieser überraschenden "Einigung" ausgenommen, wobei die Frage offenbleibt, ob nicht, wie bei früheren Gelegenheiten, bei den Partnern Meinungsverschiedenheiten darüber auftreten, worin sie sich eigentlich geeinigt haben.

Im Übrigen sind die Regierungen an die Empfehlungen des Interimsausschusses nicht gebunden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß bei den Beteiligten vor allem der Wunsch Pate stand, René Mayer einen glatten Start nach den USA zu ermöglichen. Der Brauch, in Krisensituationen geeignete Dementis (siehe die letzte Bundestagssitzung) und "soeben erfolgte Verständigungen" auf widerstrebende Parlamente und auf die Öffentlichkeit loszulassen, scheint sich immer mehr in der europäischen Diplomatie einzubürgern. Wie oft hat der Kanzler schon von der Parlamentstribüne oder in Interviews die unmittelbar bevorstehende Lösung der Saarfrage angekündigt, um dann wieder zugehen zu müssen, daß man sich eben "geirrt" habe. Eine Zeitlang mag diese Methode ganz nützlich sein, für die Dauer muß sie versagen. Nur zu bald wird es sich herausstellen, spätestens nach der Rückkehr der französischen Minister aus den USA, daß der nun herrschenden Jubelstimmung jede Berechtigung fehlt.

+ + +

Verzögerungstaktik

(sp) Schon bei der ersten Lesung der Wahlgesetzentwürfe im Bundestag fiel auf, daß die Regierung nicht bereit war, die im Kabinett und im CDU-Vorstand beschlossene Säuberung des Regierungsentwurfes von der sogenannten "Nebenstimme" zu bestätigen. Der Innenminister tat so, als wolle er die Regierungsvorlage in ihrer bisherigen Fassung verteidigen und seine Freunde in den Koalitionsparteien deuteten unverbindlich an, daß man mit einer Ersetzung der "Nebenstimme" durch eine Art Stichwahl eventuell einverstanden sein würde.

In der seitdem vorgangenen Zeit scheint bei den Regierungsparteien ein großes Rechnen über die voraussichtlichen Auswirkungen einer solchen "Stichwahl" begonnen zu haben. Die Zahlen des großen Geschäfts, das die Regierungsparteien, die Bayernpartei und wahrscheinlich auch der BHE vor den Wahlen für die Zeit nach den Wahlen abschließen wollen, werden erarbeitet. Aufteilung des von der Industrie bezahlten Wahlfonds, Zusicherungen für die Gemeinsamkeit des zu führenden Wahlkampfes und Einigung über den "inneren Proporz" bei den Koalitionsparteien, das alles gehört für die Regierung zur Voraussetzung ihrer letzten Entscheidung über den endgültigen Verzicht auf die "Nebenstimme" und über die Methode, mit der man sie durch eine Stichwahl ersetzen könnte.

Entschlossen, bei dieser Entscheidung der Sicherung der gegenwärtigen Regierung den Vorrang vor der gerechten Auswertung des Wählerentscheidens zu geben, zeigen sich die Regierungsparteien noch immer nicht bereit, die Beratungen über das Wahlgesetz so zu beschleunigen, wie es notwendig ist. Die "Machtsicherungsexperten" der Koalition sollen vermutlich erst das Endergebnis der Wahlen ausgerechnet und dabei jedem der Partner den Lohn für seine Mitarbeit an der Rettung des Kabinetts Adenauer garantiert haben, bevor Regierung und Koalitionsparteien klar bekennen, für welches Wahlgesetz sie sind. Wie sekundär für die Regierung das staatspolitische Moment bei dieser Frage ist, macht schon die Tatsache deutlich, daß in diesen Tagen in Bonn das Gerücht kolportiert wurde, die Regierung werde für eine Verschiebung der Wahlen von September auf November eintreten. Auch dieser

Versuch, der Verfassung zuwider zu handeln, wird von der SPD verhindert werden. Der letztmögliche Wahltag ist der 6. September, dabei wird es bleiben.

Die Regierung, ihre Parteien und ihre zahlkräftigen Hilfsverbände täten besser daran, sich nicht noch wochenlang die vermutlichen Ergebnisse bei Stichwahlen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern auszurechnen, sondern sich hinter die Erneuerung des Wahlgesetzes von 1949 zu stellen. Die Furcht, sich vor dem gleichen Gesetz verantworten zu müssen, mit dem man an die Regierung gekommen ist, ist verständlich. Sie darf aber in einer Demokratie nicht zur mittelbaren Ausschaltung des Wählers führen. Debatte und Abstimmungen der ersten Lesung haben gezeigt, wie unbehaglich selbst Adenauers bedingungslosen Gefolgsleuten angesichts des Wahlgesetzentwurfes ihrer Regierung ist. Daraus sollte man endlich die Konsequenz ziehen und das traurige Schauspiel beenden, die Ergebnisse vor den Wahlen festlegen zu wollen.

Es ist auch kein Hinweis mehr auf die reine Mehrheitswahl gerechtfertigt; denn dafür treten zahlreiche Koalitionsabgeordnete nur in der Gewissheit ein, daß sich schon in ihren Reihen für dieses System keine Mehrheit finden läßt. Im anderen Fall könnten sich ja das Kabinett und seine Parteien hinter den Entwurf des Abg. Wuormeling und seiner Freunde stellen. Aber auch das liegt der Koalition fern. Es gibt daher nur noch die Lösung der Erneuerung des Gesetzes von 1949 und es gibt keinen Grund, die Beschlußfassung darüber noch lange aufzuschieben.

+ + +

Fralinen-Propaganda

R.G. Was nützen den Herren der sowjetischen Besatzungszone die schönsten Abhandlungen und Broschüren, wenn sie niemand liest? Man mag sie lastwagenweise transportieren, Interessenten findet man nicht; und gar im Westen ist niemand, der sich für kommunistische Massenpropaganda begeistert. Man muß sie schon auf irgendeine Weise versüßen und auf eine besondere Art an den Mann zu bringen versuchen.

Da bekam jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Irmgard Keilhack ein so versüßtes Päckchen aus der Sowjetzone zugesandt. Das kommunistische "Weißbuch" über den "Generalvertrag" wurde ihr, sinnig mit einem Pfundkarton Pralinen vereint, vor einigen Tagen als Päckchen zugeschickt, in der bestimmten Erwartung gewiß, daß man auf solche Weise das Interesse an der Lektüre bolschewistischer Propagandaschmöker wecken könne.

Der Irrtum des Absenders ist doppelter Art: Auch die süßeste

Beigabe macht den Text nicht schmackhafter, wie doch eigentlich drüben bekannt sein müßte, wo man weder mit Vergünstigungen noch mit Prügeln Begeisterung für Propagandaveranstaltungen findet; bezeichnender noch aber ist die Illusion, daß ein Karton Pralinen dem Empfänger in der Bundesrepublik imponieren könnte. Hier blieb man offensichtlich im eigenen Bereich stecken, wo Süßigkeiten noch immer Raritäten sind.

Dem Päckchen lag übrigens noch - versehentlich gewiß - ein Dokument bei, in welchem ein Referat "Kunst und kulturelle Massenarbeit" amtlich bestätigt, daß gegen den Versand des Päckchens an Frau Irma Keilhack keine Bedenken bestehen. Welch Aufwand für eine Broschüre, die niemanden interessiert und für Pralinen, die man hier ohne amtliche Genehmigung kaufen kann!

+ + +

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Russische Sprachkenntnisse Bedingung

Dem Ministerrat liegen seit geraumer Zeit Pläne für eine "Hochschule für nationale Verteidigung" vor. Diese Hochschule soll den Offiziersnachwuchs für die sowjetische Satellitenarmee heranbilden. Als sowjetdeutscher Leiter dieser Hochschule soll Vincenz Müller (NDP) vorgesehen sein, den man hofft, auf diese Weise aus der Truppenführung abzuschieben. Das Lehrpersonal soll zur Hälfte aus sowjetischen Offizieren bestehen. Eine der Bedingungen für die Aufnahme auf der Hochschule wird die Kenntnis der russischen Sprache sein. Voraussetzung für die Aufnahme ist weiter das Abitur und für Spezialzweige ein abgeschlossenes Universitätsstudium.

Nach den Vorlesungen Schießunterricht

Alle Studenten der juristischen Fakultäten der Universitäten Jena, Berlin, Halle und Leipzig sind im Februar 1953 in die "Gesellschaft für Sport und Technik" überführt worden und müssen hier an der vormilitärischen Ausbildung teilnehmen. Der Sport- und Schießunterricht findet im Anschluß an die Vorlesungen statt, um die Teilnahme besser kontrollieren zu können. Die Studenten werden geschlossen zum Unterricht und an die Schießstände geführt.

x

Die Auslieferung der ersten Nummer einer neuen sowjetzonalen Wirtschaftszeitung "Deutscher Export" wurde durch das ZK der SED verboten, da auf der vierten Umschlagseite ein Foto der Stalinallee abgedruckt worden war, das "politisch unmöglich" sei. Der größte Teil der Auflage war aber bereits versandt. Das ZK der SED kritisierte außerdem "andere ideologische Fehler gegenüber dem Ausland".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau